

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Februar 2004



## Innovationsrat: Pfadfinder des Fortschritts?

Deutschland bricht zu intellektueller Exzellenz auf, und der Kanzler beruft als erstes einen Innovationsrat. In dem sitzen dann die üblichen Verdächtigen: ein ehemaliger Verfassungsrichter, ein ehemaliger Bundespräsident, je eine Dame aus den mit Fraktionsstatus im Bundestag versehenen Parteien, ein immerjunger Querdenker aus dem Unterholz der Politikberatung, ein gewerkschaftsnaher Gutmeiner, ein talkerfahrener Harvardbesucher und zwei Vorstandsvorsitzende aus einer Wirtschaftsbranche, die mit „T“ wie Technologie beginnt.

Alles honorige Leute – aber ungeeignet als Leitbildner des Elitären oder als Pfadfinder des Fortschritts. Das liegt nicht an ihren individuellen Qualitäten, sondern in der Natur der Sache, um die es geht. Eliten bilden sich nicht durch Ratsurteil, sondern im offenen Wettbewerb. Zur Bewältigung der Zukunft rüstet man sich mit möglichst flexiblen Entscheidungsstrukturen, mit der vorsorglichen Bereitstellung finanzwirtschaftlicher Handlungsspielräume und vor allem mit der Einsicht, dass die Suche nach Fortschritt nicht Sache der Politik und ihrer Gremien sein kann.

Als Stichwortgeber für den Aufbruch ist der Bundeskanzler hochwillkommen. Elite, Exzellenz, Innovation: Das sind Begriffe, die unter den in Jahrzehnten gewachsenen Schichten einer nur an Verteilung ausgerichteten Sozialstaatlichkeit verschüttet waren. Die wiedergewonnene Einsicht, dass verteilter Wohlstand auf Dauer nicht ohne Eliten, Exzellenz und Innovation zu haben ist, könnte der Politik eine Orientierung geben, die der tastenden Suche nach den Chancen der Zukunft dient.

Ein solcher Versuch wird nur Erfolg haben, wenn die Politik sich jeder Machbarkeitsfantasie enthält. Der Innovationsrat sollte nur einmal tagen und am Ende der Sitzung dem Kanzler raten: „Geben Sie Freiheit, und setzen Sie auf Wettbewerb!“

*Hans D. Barbier*

## Eichels Mischkonzern

Der Bund betätigt sich als Unternehmer: 506 direkte und indirekte Beteiligungen zählt der „Beteiligungsbericht des Bundes 2003“ auf, 80 mehr als im Vorjahr. Die Beteiligungen werden von insgesamt zwölf Bundesministerien verwaltet. Hans Eichel und seine Ministerkollegen verfügen über ein Firmennetz aus Kreditinstituten, Flug-, Bahn- und Hafengesellschaften. Sie halten Anteile an Wohnungsbaugesellschaften und sind Eigentümer unterschiedlicher Immobilien wie Verwaltungsgebäuden oder militärischen Anlagen. Rund 830 000 Mitarbeiter arbeiten in Unternehmen mit Bundesbeteiligung; 1980 waren es 200 000.

Finanzminister Hans Eichel plant in diesem Jahr den Verkauf von Bundeseigentum. Er will insgesamt sieben Milliarden € durch Privatisierungen einnehmen, um seinen Haushalt auszugleichen: Fünf Milliarden € würden ansonsten wegen der schlechten Wirtschaftslage fehlen, zwei Milliarden € „kostet“ die um ein Jahr vorgezogene Steuerreform.

[www.bundesfinanzministerium.de/Finanz-und-Wirtschaftspolitik/Aktuell-445.htm](http://www.bundesfinanzministerium.de/Finanz-und-Wirtschaftspolitik/Aktuell-445.htm)

## Mehrweg-Müll

Seit auf Einwegflaschen ein Pfand von 25 bis 50 Cent vorgeschrieben ist, bekommt der Handel immer weniger Mehr-

wegflaschen zurück. Bei den Mehrwegflaschen fallen nur 8 bis 15 Cent Pfand an. In einigen Bereichen, beispielsweise bei Mineralwasser, wird nicht einmal mehr jede zweite Mehrwegflasche zurückgebracht. Eine mögliche Erklärung: Verbraucher, die ihr Leergut nicht zurückbringen, werfen zwar keine Einwegflaschen weg. Aber dafür werfen sie die günstigeren Mehrwegflaschen in den Müll.

Der Versuch, den Verbraucher mit Hilfe einer Sonderabgabe dazu zu erziehen, leere Flaschen zum Händler zurückzutragen, droht zu scheitern. Noch schlimmer: Das Einwegpfand torpediert anscheinend das bewährte Mehrwegsystem.

[www.agvu.de/agvu.html](http://www.agvu.de/agvu.html)

## Lehrer aufs Abstellgleis?

Deutschland hat in den internationalen Schulvergleichen eher mäßig abgeschnitten. Daher waren sich Politiker in Bund und Ländern einig, dass mehr Geld für bessere Schulausstattungen und mehr Lehrer ausgegeben werden soll.

Umso überraschender ist, dass die Landesregierung Brandenburgs bis 2011 insgesamt 132 Millionen € zur Verfügung stellt, um 6 000 Lehrerstellen abzubauen. Das Bildungsministerium hat mit der Gewerkschaft GEW vereinbart, dass Lehrer vorzeitig aus dem Schuldienst aus-

scheiden können. Dazu werden Abfindungen von maximal 50 000 € angeboten sowie Altersteilzeit oder Rente ab 60 in Aussicht gestellt. Grund für die geplante Frühverrentung sind sinkende Schülerzahlen.

Laufend wird kritisiert, dass an deutschen Schulen sowohl lernschwache als auch besonders leistungsstarke Schüler nicht angemessen gefördert werden können. Böte Brandenburgs Lehrerüberschuss nicht eine gute Gelegenheit, mit zusätzlichen Förderangeboten zu experimentieren, anstatt Lehrer in Rente zu schicken?

[www.kmk.org/schul/pisa/verglei.htm](http://www.kmk.org/schul/pisa/verglei.htm)  
[www.zeit.de/wissen/bildung/pisa\\_index](http://www.zeit.de/wissen/bildung/pisa_index)

## Erfolgreiche Werbung

Die Bundesregierung nutzt derzeit 80 Werbeagenturen für ihre Öffentlichkeitsarbeit. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch (PDS) hervor. Das Innenministerium scheint besonders heftig für sich werben zu wollen. Es beschäftigt 24 Agenturen. Das Umweltministerium hat 21, das Gesundheitsministerium elf, Auswärtiges Amt, Landwirtschafts- und Finanzministerium haben jeweils acht Agenturen unter Vertrag. Schlusslicht ist das Justizministerium, das nur eine Agentur verpflichtet hat.

Über die Höhe der Werbeetats schweigt die Bundesregierung. Besonders erfolgreich kann die Werbung jedenfalls nicht sein. Sonst stünde die Regierung nicht weiterhin im Umfragetief.

[www.wahlrecht.de/umfragen/forsa.htm](http://www.wahlrecht.de/umfragen/forsa.htm)

## Wege aus dem Steuerdschungel

In Deutschland gibt es Tausende Vorschriften, wer wann und wie seine Steuern zu zahlen hat. Das Steuersystem ist sachlich und logisch kaum noch zu begreifen, es hat sich zum Steuerdschungel entwickelt.

Der Staat erhebt Steuern, um Geld zur Erfüllung seiner Aufgaben zu haben. Da dies nicht willkürlich geschehen soll, versuchen Politiker seit dem 19. Jahrhundert, eine Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des einzelnen Bürgers zu erreichen. Seit 1891 gibt es im deutschen Steuersystem die Einkommensteuer samt Erklärungspflicht und progressivem Steuertarif, der dafür sorgen soll, dass mit zunehmendem Einkommen auch mehr Steuern gezahlt werden.

Inzwischen ist Deutschland in Fragen des Steuerrechts weltweit unangefochtener Spitzenreiter: Es gibt mehr als 200 Steuergesetze und 96 000 Steuervorschriften. Dazu kommen ständige Veränderungen: In der Legislaturperiode von 1998 bis 2002 wurden allein im Einkommensteuergesetz 110 Mal die Paragraphen geändert, zum Teil mehrfach. Zusätzlich belastet wird das Steuerrecht durch Hunderte Ausführungs-, Ausnahme- und Sonderbestimmungen, die sich überschneiden oder aufheben.

## Steuerdschungel

Weltweit einmalig ist auch, dass das deutsche Steuerrecht sieben unterschiedliche Einkunftsarten kennt: Besteuert werden Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieben, aus

selbständiger und nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung sowie „sonstige“ Einkünfte. Für jede Einkunftsart wiederum existieren verschiedene Besteuerungsvorschriften und Steuersätze. Finanzämter und -gerichte, Verwaltungsstellen und Steuerberater erfassen, prüfen, ziehen Steuern ein oder erstatten einen Teil der gezahlten Steuern wieder zurück.

Niemand blickt mehr durch. Das über Jahrzehnte entstandene Dickicht eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, Steuern zu kürzen oder zu umgehen. Die Einnahmeverluste aus Steuer-„Vermeidung“ und -flucht schätzen Fachleute auf bis zu 100 Milliarden € jährlich. Das entspricht etwa der Hälfte des Aufkommens aus der Einkommensteuer. Um die Steuerflucht zu vereiteln, verschärfen die Finanzbehörden ihre Kontrollen. Rechtsstreitigkeiten sind die Folge. Im Jahr 2000 haben erstmals mehr als 100 000 Bürger bei den Finanzgerichten Klage eingereicht. Bei der obersten Steuerinstanz, dem Bundesfinanzhof, steigen die Beschwerden jährlich im Durchschnitt um sieben Prozent.

Das komplizierte Steuerrecht führt dazu, dass die Steuerlast des Einzelnen oftmals nicht von seiner Leistungsfähigkeit, sondern von der Qualität des Steuerberaters abhängt. Viele Entschei-

dungen in der Wirtschaft orientieren sich weniger an den Markterfordernissen als an der maximalen Steuerersparnis. Es ist weit verbreitet, dass die Absicht, Steuern zu sparen, bereits genügt, um zu investieren. Das Wirtschaftswachstum wird dadurch gehemmt, der Wohlstand der Gesellschaft insgesamt bleibt unter dem Erreichbaren, weil Arbeitszeit für Steuerfragen statt für neue, bessere, billigere Produkte eingesetzt wird. Deshalb wäre ein einfaches Steuerrecht ein wirtschaftlich vernünftiges Steuerrecht.

## Reformvorschläge

Politiker und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen sind sich einig: Das Steuerrecht muss einfacher werden. Es liegen mittlerweile genügend Modelle dafür vor. Manche wollen das bestehende Steuersystem abschaffen. Andere Vorschläge setzen auf Verbesserungen innerhalb des geltenden Rahmens.

■ Paul Kirchhof, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, zählt zu den „Radikalreformern“. Bereits vor zwei Jahren hat er sein Einkommensteuerkonzept vorgelegt, den so genannten „Karlsruher Entwurf“. Kirchhof hat rund 100 Steuergesetze zu einem einzigen Gesetzbuch komprimiert. Die heute üblichen sieben Einkunftsarten fasst Kirchhof zu einer einzigen zusammen. Davon



„Theorie und Praxis der öffentlichen Finanzen sind beinahe vollkommen vom Bestreben geformt worden, die auferlegte Last so weit wie möglich zu verschleiern und diejenigen, die sie letztlich zu tragen haben, so wenig wie möglich darauf aufmerksam zu machen.“

Friedrich A. von Hayek, österreichischer Ökonom

werden das Existenzminimum und „typisierte Aufwendungen, die der Sicherung des Erwerbs dienen“ abgezogen. Alle übrigen Vergünstigungen und Abzugsmöglichkeiten werden abgeschafft, und es gibt nur noch einen einzigen Steuertarif in Höhe von 25 Prozent.

■ Professor Manfred Rose will mit seiner „Einfachsteuer“ einen Systemwechsel hin zu einer „konsumorientierten Einkommens- und Gewinnbesteuerung“. Auf Einkünfte soll der Fiskus nur dann zugreifen können, wenn sie konsumiert werden. Sämtliche Sparbeiträge bleiben steuerfrei, Unternehmensgewinne und Kapitalerträge werden erst oberhalb einer so genannten Grundrendite erfasst. Das Rose-Konzept wird seit 1994 in Kroatien erfolgreich praktiziert.

■ Der so genannte Darmstädter Kreis sieht im „bestehenden historisch gewachsenen Steuerrecht“ Möglichkeiten für Vereinfachungen. Den Steuerexperten aus Darmstadt gehören neben Wissenschaftlern wie Professor Bert Rürup auch Praktiker aus den Finanzämtern an. Mit drei Maßnahmen – einer deutlichen Erhöhung der so genannten Werbungskostenpauschale, einer Pauschalsteuer auf Kapitalerträge und einer Steuererklärung im Zweijahresturnus – glauben die Darmstädter, die Arbeitsbelastung für Finanzbeamte und Steuerzahler mindern zu können.

■ CDU und CSU haben zu Jahresbeginn beschlossen, ebenfalls Steuervergünstigungen zu Gunsten eines ein-

facheren Steuerrechtes zu streichen. Das Steuerrecht insgesamt soll familienfreundlicher werden. Auf Vorschlag der CSU soll darüber hinaus der Mittelstand bei der Erbschaftsteuer entlastet werden. Bis März wollen beide Unionsparteien noch zwei Punkte klären. Zum einen muss definiert werden, welche Steuervergünstigungen gestrichen werden sollen. Die CDU will fast alle abbauen, die CSU will insbesondere an der Pendlerpauschale festhalten. Zum zweiten herrscht Uneinigkeit über den Steuertarif.

■ Die FDP fordert einen Dreistufentarif (15, 25 und 35 Prozent) für Einkommen- und Körperschaftsteuern bei gleichzeitigem Streichen zahlreicher Ausnahmen. Die FDP hat Mitte Januar 2004 als erste Partei ihr Steuermodell als „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer neuen Einkommensteuer und zur Abschaffung der Gewerbesteuer“ in den Bundestag eingebracht.

■ Bundesfinanzminister Eichel, der mit seinen Vereinfachungsplänen durch den Abbau von Steuervergünstigungen vor wenigen Monaten an der Opposition im Bundesrat scheiterte, ist skeptischer. Über ein Steuerrecht zu reden, das jeder versteht, findet er „entweder naiv oder opportunistisch.“ Er will lieber den Papierkrieg bekämpfen. So soll eine „elektronische Steuerkarte“ das 70 Jahre alte Lohnsteuerverfahren mit Lohnsteuerkarte, Lohnsteueranmeldung und Ermäßigungsanträgen ablösen. Außerdem soll der Papierwust in den Behördenstuben reduziert werden – zahllose inhaltsgleiche Vor-

Steuerpflichtige und Steueraufkommen				
Gesamtbetrag der Einkünfte in €	Zahl der Steuerpflichtigen		Gezahlte Einkommensteuer	
	in 1 000	in Prozent	in Millionen €	in Prozent
0 – 10 000	6 031,0	22,8	107,8	0,1
10 001 – 20 000	3 818,5	14,4	3818,4	2,4
20 001 – 30 000	4 903,2	18,5	14 752,5	9,2
30 001 – 40 000	3 788,0	14,3	16 410,9	10,3
40 001 – 50 000	2 901,6	10,9	16 980,7	10,7
50 001 – 60 000	1 911,9	7,2	15 662,0	9,8
60 001 – 70 000	1 111,3	4,3	12 380,3	7,8
70 001 – 80 000	663,9	2,5	9 554,8	6,0
80 001 – 90 000	386,3	1,4	6 874,4	4,3
90 001 – 100 000	248,8	0,9	5 334,1	3,3
100 001 – 120 000	275,9	1,0	7 489,9	4,7
120 001 – 140 000	142,9	0,5	6 083,5	3,2
140 001 – 200 000	185,5	0,8	9 502,0	6,0
200 001 – 500 000	141,9	0,5	15 003,9	9,5
500 001 und mehr	35,0	0,1	20 288,3	12,7

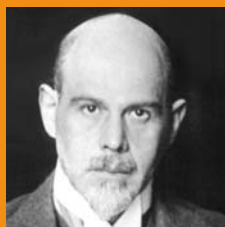
Stand 2002  
Quelle: Bundestags-Drucksache 15/447 vom 26. Februar 2003

schriften aus dem Bundesfinanzministerium, den Länderministerien und Oberfinanzdirektionen soll es bald nicht mehr geben.

Kritiker einer radikalen Systemänderung geben zu bedenken, dass für weniger Paragraphen der „hohe Preis erheblicher Rechtsunsicherheit gezahlt werden“ müsse. Jede Regelung, die aus einem Steuergesetz entfernt wird, müsste durch Rechtsverordnung der Ministerialbürokratie erledigt werden. Damit würden die Probleme verschoben, aber nicht gelöst. Je größer die angestrebte Vereinfachung, desto größer auch die Risiken für die öffentlichen Haushalte und die Wirtschaftsentwicklung. Wer beispielsweise die Eigenheimzulage streiche, müsse damit rechnen, dass die Nachfrage nach Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen sinkt.

Wie immer die nächste Steuerreform aussehen mag: Inzwischen überwiegt die Überzeugung, dass mit dem Abbau von Steuervergünstigungen und -ausnahmen den Steuerpflichtigen die Möglichkeit zu ökonomisch vernünftigem Handeln zurückgegeben wird. Alle Beteiligten – vom „einfachen“ Steuerbürger bis zu den Stadtkämmern und Finanzministern – würde durch eine Vereinfachung gewinnen.

Mit weiteren Detailveränderungen ist das bestehende Steuersystem jedenfalls nicht mehr zu retten. Schließlich haben sich in den vergangenen Jahrzehnten – gerade durch die Unmenge von Gesetzeskorrekturen und -erweiterungen – die Ungerechtigkeiten und Unübersichtlichkeiten nie verringert, sondern immer noch vermehrt.



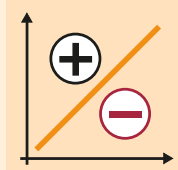
„Die Klage über die Schärfe des Wettbewerbs ist in Wirklichkeit meist nur eine Klage über den Mangel an Einfällen.“

Walther Rathenau, deutscher Industrieller und Politiker

## IM KLARTEXT

Februar 2004

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2004

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung



Von Arbeitslosen wird Eigeninitiative bei der Arbeitsplatzsuche erwartet, und Tausende Arbeitslose geben ihre Bewerbungen in die Post. Firmen erhalten derzeit auf jede Stellenanzeige 300 bis 400 Bewerbungen. Doch nur ein Drittel der Arbeitsplätze in Deutschland wird offen ausgeschrieben. Etwa 270 000 Stellen vergeben die Unternehmen laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg monatlich „unter der Hand“.

Mit dem Internetportal [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de) hoffen die Verantwortlichen, mehr Unternehmen zur Ausschreibung freier Stellen zu

bewegen. Der Versuch, möglichst viele offene Stellen im WWW zu melden, schafft allerdings keine neuen Arbeitsplätze. Für die Beschäftigungspolitik bleibt weiterhin viel zu tun, denn Ende Januar warteten rund 4,6 Millionen Arbeitslose auf ein Angebot.

### Geldwertstabilität



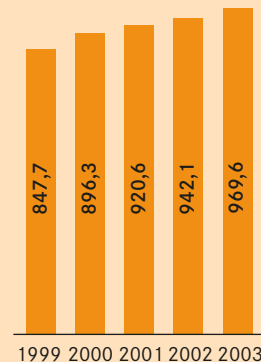
Im vergangenen Jahr haben Banken und Sparkassen Kredite in Höhe von 2 245 Milliarden € vergeben. 42 Prozent der Schulden – rund 970 Milliarden € – sind bei den knapp 39 Millionen privaten Haushalten aufgelaufen.

Kontinuierlich steigt auch die Zahl derer, die ihre Kredite nicht mehr abzahlen können. Für 2003 meldet die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung rund drei Millionen Haushalte, die überschuldet sind; 300 000 mehr als vor fünf Jahren.

Wenn Gläubiger immer häufiger auf unerfüllten Forderungen sitzen bleiben, kann das zu einem gravierenden Vertrauensschwund in die gesamte Wirtschaftsordnung führen: Wer liefert noch

### Schulden

der Privathaushalte,  
in Milliarden €



jeweils September

Quelle: Deutsche Bundesbank

Waren, wenn er sie nicht bezahlt bekommt?

### Eigenverantwortung



„Was wissen die Deutschen über ihre Altersvorsorge?“ hat das Institut für Demoskopie in Allensbach gefragt und aufschlussreiche Antworten erhalten. 63 Prozent der Befragten sehen die staatliche Rente als „ideale Form der Altersvorsorge“. Auf Platz zwei stufen 59 Prozent das eigene Haus bzw. die eigene Wohnung ein, als drittbeste Al-

tersvorsorge nannten 40 Prozent private Lebens- und Rentenversicherungen. Überraschend: 19 Prozent der Befragten hoffen auf eine Erbschaft. Nur 37 Prozent der Befragten wollen verstärkt in ihre Altersvorsorge investieren, 44 Prozent wollen das nicht.

Die Antworten belegen, dass die gesetzliche Rente überschätzt wird: Das so genannte Bruttorentenniveau liegt derzeit bei 48 Prozent, während 81 Prozent derer, die es zu wissen meinen, eine Rentenhöhe von mehr als 60 Prozent des letzten Bruttoeinkommens erwarten.

### Überschätzte Rente

Wie viel vom letzten Bruttoeinkommen erhält der Durchschnittsverdiener nach 45 Beitragsjahren als Rente?

Es antworteten

36 %	Weiß ich nicht
6 %	unter 50 Prozent
6 %	50–60 Prozent
21 %	60–65 Prozent
15 %	65–70 Prozent
9 %	70–75 Prozent
7 %	über 75 Prozent

richtige Antwort 48 Prozent

Quelle: Institut für Demoskopie

### Arbeitsplätze

Arbeitslose und gemeldete Stellen

	Arbeitslose	Stellen
2000	4 293 400	387 879
2001	4 093 200	430 721
2002	4 289 900	366 611
2003	4 623 100	294 465
2004	4 597 400	276 732

jeweils Ende Januar

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn  
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa  
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
 erscheint monatlich · [www.ludwig-erhard-stiftung.de](http://www.ludwig-erhard-stiftung.de)

*Ludwig Erhard*